

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Susanne Schütz (FDP)

**Wie ist der Stand des Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Susanne Schütz (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 18.08.2020

„Gemäß Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrags zwischen den norddeutschen Küstenländern richten die Vertragspartner ein gemeinsames Rechen- und Dienstleistungszentrum (RDZ) als eigenständige Organisationseinheit des Landeskriminalamtes Niedersachsen ein“ (Antwort der Landesregierung in der Drucksache 18/2772 auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung eines Abgeordneten der FDP-Fraktion, Drucksache 18/2555). Ursprünglich war das RDZ TKÜ räumlich und technisch als Organisationseinheit des LKA Niedersachsen für eine Realisierung in den Räumlichkeiten des angestrebten Erweiterungsbaus des LKA Niedersachsen Hauptsitzes am Waterlooplatz geplant und konzipiert. Da dieser Bau jedoch nicht wie geplant vollzogen wurde, strebte die Landesregierung eine Interimslösung am Standort Hannover-Schützenstraße des LKA Niedersachsen an. Aufgrund nicht einzuhaltender Daten- und Informationssicherheitsstandards am betreffenden Standort wurde auch diese Variante verworfen. Als dritte Variante strebte die Landesregierung dann eine Implementierung der Anlage in den Rechenzentrumsräumlichkeiten des IT.N im Wege einer Housing-Lösung an (Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Aufbaus eines RDZ TKÜ am 07.03.2019 im Ausschuss für Inneres und Sport).

Nachdem ein Start des RDZ TKÜ für das Jahr 2020 geplant war, bestätigte das LKA Niedersachsen auf Anfrage der HAZ im April 2019, dass eine vollständige Wirkbetriebsaufnahme unter Berücksichtigung aller Kooperationspartner im Jahr 2020 nicht mehr möglich sei (HAZ, 10.04.2019).

„Es war als Großprojekt der niedersächsischen Landesregierung geplant, doch es gibt offenbar Probleme bei der Umsetzung des neuen ‚Abhörzentrums Nord‘ der fünf norddeutschen Bundesländer. Ursprünglich sollte das polizeiliche ‚Rechen- und Dienstleistungszentrum zur Telekommunikationsüberwachung‘ Anfang 2020 an den Start gehen. Nachdem schon Mitte vergangenen Jahres klar war, dass dieser Termin nicht zu halten ist, erklärte das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Anfrage unserer Redaktion, dass die Aufnahme des Betriebs nun erst für das zweite Halbjahr 2021 vorgesehen ist“ (NOZ, 03.02.2020). Der Grund dafür soll eine Verzögerung im Vergabeverfahren sein (NOZ, 03.02.2020).

Bereits in der o. g. Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung eines Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Wie weit ist der Aufbau des Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ?“ (Drucksache 18/2555) hatte die Landesregierung mitgeteilt, dass mit der Firma Syborg ein entsprechender Wartungs-/Servicevertrag für die derzeit in Niedersachsen betriebene TKÜ-Anlage für die Jahre 2019 bis einschließlich 2021 geschlossen worden sei.

1. Wie ist der aktuelle Stand des Aufbaus des RDZ?
2. Wie ist der aktuelle Zeitplan, und wann wird mit der Inbetriebnahme des RDZ in welcher Form/Umsetzung gerechnet?
3. Sollte eine Inbetriebnahme bis Ende 2021 nicht möglich sein, wie stellt die Landesregierung sicher, dass die alte Systemtechnik auch über das Jahr 2021 hinaus zur Verfügung steht?

(Verteilt am 21.08.2020)